

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 92 (1966)
Heft: 18

Rubrik: Die andere Meinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die andere Meinung

Unerwünscht bis verboten: Demonstrieren in Tellvetien

Demonstrieren als Instrument der Politik ist überall geläufig. Demonstrieren ist Sichtbarmachung einer Forderung oder Aufforderung, fast immer auch Herausforderung. Demonstriert wird in Indonesien, Amerika, Schweden, Ghana, England, Japan, Frankreich, Australien, Italien, sogar in Spanien und, wenn's so oder so hochkommt, in der Schweiz. Bürger und Staaten, die demonstrieren bzw. demonstriert werden, sind mir allesamt sympathisch, vorweg rein als Kundgebende und Kundnehmende. Bei der eben versuchten Aufzählung, sticht ins Auge, daß kompromißlos totalitäre Staaten fehlen. Es fehlen die Sowjetunion, Kuba, die sog. DDR, Ägypten, Südafrika, kurz, solche, in denen dem Bürger die Mühsal der Meinungsbildung durch kleine Gruppen von Leuten liebevoll abgenommen wird. (Immerhin will ich da und dort die Ausnahme des 1. Mai nicht verschweigen.) Damit möchte ich nicht in allerlei billiges Jammern einstimmen, das sich zeitweise geballt in Gazetten breitmacht, sobald irgendetwas oder -wer aus dem Osten

kommt oder nach dem Osten geht. Da denke ich auch an das Geplär um die Touristen, die da so unvaterländisch sich nach Moskau ködern lassen, Osthandel ja, Behördenvertreter nach Moskau ja, nach Spanien ... nun gut, geht auch noch (gelockerte Mißstände), aber Touristen, echte Schweizer Touristen mit der Arm-Brust in der ebensolchen? Daran muß man sich zuerst gewöhnen. Doch zurück zum Demonstrieren, beispielsweise zum Ostermarsch der Atomwaffengegner. Da gibt es Stimmen, die sind der Meinung (so Widder im Nebi Nr. 16), es brauche so «wenig Mut, unter hundert ändern auf der Straße zu marschieren. Demonstrieren erfordert keinen Mut.» Das seien fremde Methoden, nicht schweizerischer Brauch. Ich gebe zu, für Leib und Leben ist Demonstrieren bei uns kaum gefährlich. Immerhin denke ich mir, daß ein Ostermarschier außer Geplänkel vom Straßenrand her im persönlichen Lebensbereich ernstzunehmenden Belastungen ausgesetzt sein könnte. Denn es gibt auch eine Intole-

ranz, die hintergründig wirkt, die nicht auf der Straße marschiert. Und da, meine ich, kann das Mitmarschieren von Bürgern, die in allen Ehren und Rechten stehn (von gedankenlosen Mitläufern rede ich hier gar nicht), einigen Mut abverlangen, vielleicht mehr Mut, als wenn ich als Publizist und Journalist von abgeschirmter Schreibstube aus mein Gegengift aufs Papier träufeln lasse, mehr Mut als von jenen Strategen, die ihre Flugblätter mehr oder weniger anonym an der Strecke verteilen und höchstens mit einigen Volljüngendlichen sich gegenmarschierend vertreten lassen. Gibt es, frage ich, bei solcher Willenskundgebung etwas Authentischeres als die eigene Person in Fleisch und Blut? Vierhundert Ostermarschierer stellen für mich die größere Summe Mut dar als vierhundert Unterschriften auf dem Bogen zu einem Volksbegehren. Wer sagt, solche Märsche seien unschweizerisch, sagt andersherum, wer sie mitmacht, kann kein richtiger Schweizer sein, handelt demzufolge verwerflich, weil in der Regel hiezulande als verwerflich gilt, was nicht schweizerisches Brauchtum leckt. Wenn wir so argumentieren, nagen wir an jener Toleranz, die hochzuhalten wir immer wieder vorgeben, die wir uns so ungern absprechen lassen (siehe Fall Maur), und wir setzen uns dem Verdacht aus, die Meinung der Ostermarschierer als landesverräterisch zu qualifizieren. Ist für uns bereits eine Meinung staatsgefährlich, die nicht der behördlichen Konzeption entspricht oder nicht das Brustvolumen von Heer und Haus repräsentiert? Wir erinnern uns ja noch des Falles Hptm. Barde, Feldprediger in Genf (1962), der sich gegen Atomwaffenbeschaffung durch unsere Armee aussprach. Er hatte abzutreten.

Lassen wir demonstrieren. Für den Milchpreis, für das Frauenstimmrecht, für eine gerechte Tomatenverwertung, meinetwegen für einen neuen Soldatenschlafsack, für die AH- und andere Vauen, für einen neuen Kanton Jura ... jawohl auch für ihn. Es ist mir nämlich lieber, die Separatisten gehen auf die Straße statt als Jurassische Befreiungsfront in den Untergrund. Dann wird es ebenso nämlich erst gefährlich, unter Umständen staatsgefährdend, ganz abgesehen vom unangenehmen Gefühl, irgendwo möglicherweise auf dem Zündkopf einer Plasticladung zu sitzen. Solange wir in der Schweiz demonstrieren lassen, dürfen wir die Schilder «Freie Meinungsbildung» und «Toleranz» über die Türe hängen. Andernfalls können wir zusammenpacken oder das Demonstrieren

glattweg verbieten, das heißt, das Demonstrationsverbot auf die ganze Schweiz ausdehnen. Auf dem Bundesplatz zu Bern darf man bekanntlich schon während bald einundvierzig Jahren nicht mehr (seit 24. Juni 1925). Genauer, während der Tagungen der eidgenössischen Räte. Deshalb werden dort zuweilen Bürger polizeilich abgefaßt, in Streifenwagen verfrachtet und auf den Posten geführt. So widerfuhr es mehrmals Postulanten eines Zivildienstes. Geschieht ihnen recht, warum legen sie so unschweizerisches Benehmen an den Tag. Heiliger als der Petersplatz zu Rom scheint also unser Bundesplatz zu sein, seit 40 Jahren. Da läßt sich ein bekannter Bundeshausjournalist zeilenlang über die unwürdige Parkerei vor dem Parlamentsgebäude aus, weil dadurch Blumen und Sandstein gefährdet sind. Verdienstvoller wäre es, dieses fragwürdige Bundesplatz-Demonstrationsverbot anzuzweifeln.

Demonstrieren wir, marschieren wir auf der Straße! Oder haben wir Heimweh nach Verschwörung? Jene auf dem Rütli (soweit sie auch wirklich stattgefunden hat) hätte füglich die letzte sein dürfen.

Ernst P. Gerber

Wochenspot(t)s

Madame Nhu, Schwägerin des 1963 ermordeten vietnamesischen Regierungschefs Diem, lebt in ihrem römischen Exil von anti-amerikanischen Interviews. Für ihre Angriffe gegen die USA verlangt sie für die ersten dreißig Minuten sechstausend, für jede weitere halbe Stunde zweitausend Franken. Was muß da de Gaulle erst verdienen!

*

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, auf Auslandsreisen von amerikanischen Bürgern pro Tag Abwesenheit zehn Dollars Steuer zu erheben! Da werden natürlich weniger Amerikaner Lust haben, ins Ausland zu reisen, begreiflich. Vor allem wird nun ein Displacement für alle jene vollkommen überflüssig werden, die die Berliner Mauer besichtigen wollten...

*

Durch zwei Freundschaftsspiele werden die Wasserballmannschaften SV Limmat Zürich und SC Solothurn, die im vergangenen Sommer heftig aneinandergeraten waren, ihre Versöhnung feiern. Sicher lassensie zur Austragung der Freundschaftsspiele Milchsuppe in die Bassins fließen.

Dä

